



## »Solidarität vor Ort ist besser, als ein Spendenscheck«

**Im Wortlaut von Thomas Lutze, 08. November 2011**

Von Thomas Lutze, für DIE LINKE stellvertretendes Mitglied im Tourismusausschuss des Bundestages

Die Überschwemmungen in Thailand sind die schwersten seit 50 Jahren. Die Wasserstände liegen über denen des Jahres 1995. In diesem Jahr ist es bereits die 2. Hochwasserkatastrophe für das Land. Während Ende März zehn Provinzen im Süden Thailands betroffen waren, sind es nun 58 Provinzen im Norden und in Zentralthailand - einschließlich Bangkok. Damit sind in diesem Jahr nur wenige der 76 Provinzen vom Hochwasser verschont geblieben. Die Beseitigung der Schäden wird Milliarden Euro kosten und bis zum Beginn der Urlaubssaison in Thailand nicht bewältigt sein.

Thailand hatte in den letzten Jahren knapp 15 Millionen Besucher jährlich. Das sind zum Vergleich rund 75 Prozent der Berliner Städtetouristen. Doch haben diese Besucher, die sowohl Badeurlauber als auch Kulturtouristen sind, einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt) von durchschnittlich 7 Prozent. Am Tourismus verdienen nicht nur die großen Hotels, Transportgesellschaften, Museen und

Sehenswürdigkeiten, sondern insbesondere auch die kleinen Souvenirhändler, Tuk-Tuk-Fahrer, Marktverkäufer und Strandhändler. Oft sind die bescheidenen Einnahmen aus dem Tourismus das einzige Familieneinkommen, von dem zwei oder drei Generationen leben müssen.

Traditionell reisen von den rund 600 000 deutschen Touristen die meisten an die Küsten, auf die Inseln oder nach Bangkok beziehungsweise in die nördlich davon gelegenen Provinzen. Dies wird aber dieses Jahr nur eingeschränkt möglich sein, da auch die Flughäfen von Bangkok durch die Wassermassen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ein Einbruch der Wirtschaft und eine daraus resultierende Destabilisierung des Landes wären also nicht ungewöhnlich. Deshalb sollte jeder, der für dieses Jahr einen Urlaub in Thailand gebucht oder geplant hat, diesen auch durchführen. Solidarität vor Ort ist besser, als ein Spendenscheck.

Diese großen Überschwemmungen in 2011, die auch die Nachbarländer Kambodscha und Vietnam betreffen, sind laut Meinung der Meteorologen auf das Wetterphänomen La Nina und die großen Taifune Anfang Oktober zurückzuführen.

Die Politik ist weltweit gefordert, endlich massiv gegen den Klimawandel vorzugehen. Die bisherigen Lippenbekenntnisse und zögerlichen Schritte in Richtung Umweltschutz sind nicht geeignet, weiteren Katastrophen vorzubeugen. Die UN und die Weltklimakonferenz müssen Instrumente in die Hand bekommen, auch die reichsten Industriestaaten zu zwingen, radikalen Klimaschutz zu betreiben. Die bisherigen Zielvorgaben der UN und der EU sind bei weitem nicht ambitioniert genug, um das Leben auf unserem Planeten auch in 50 Jahren noch lebenswert zu erhalten.

linksfraktion.de, 8. November 2011